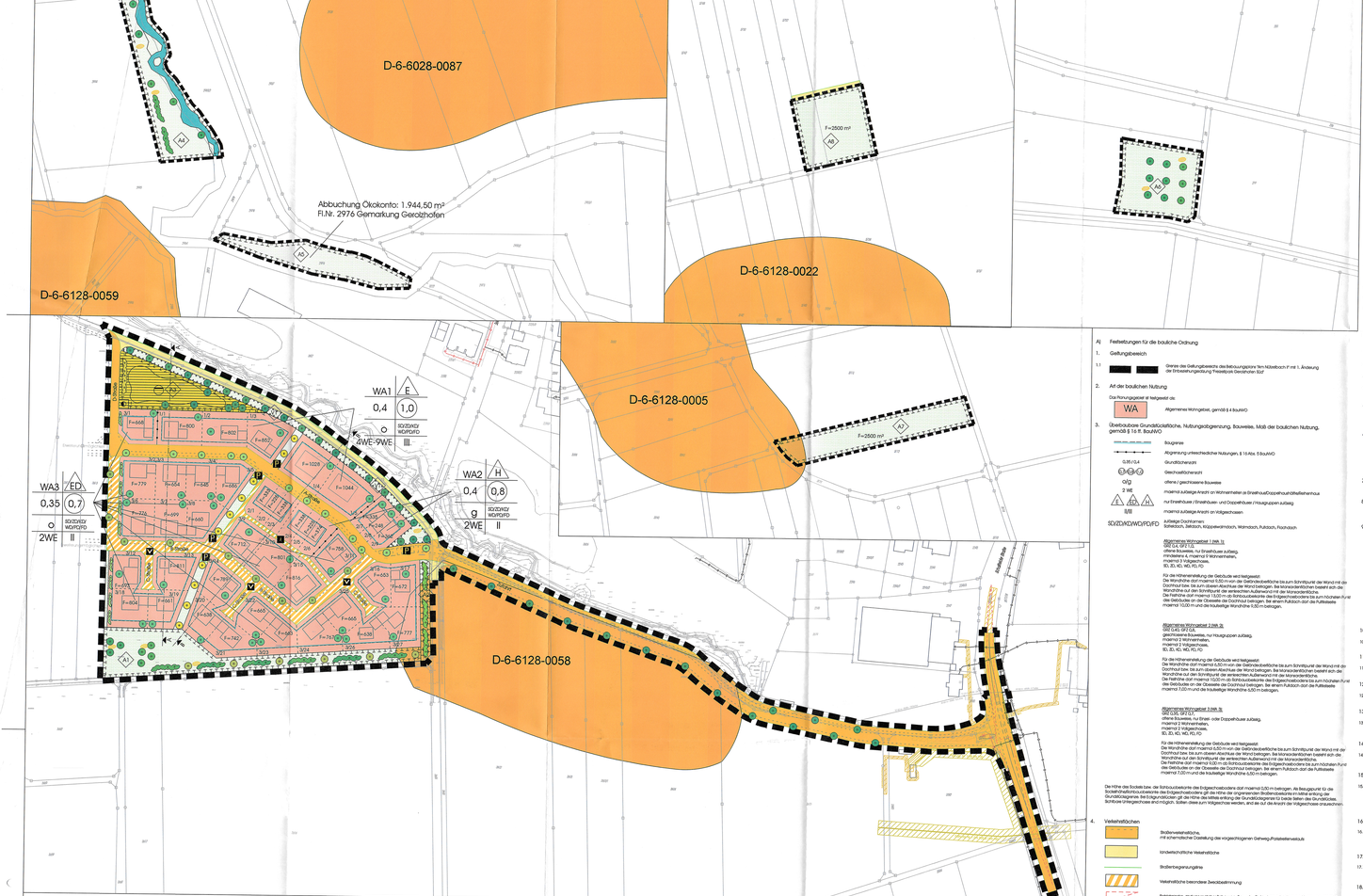
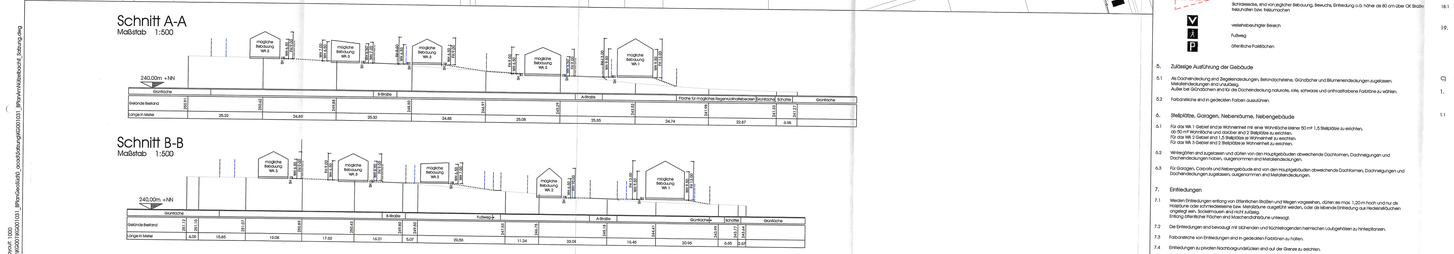




Layout: 1:000
2130301\2130301.DGN

A) Festsetzungen für die bauliche Ordnung

1. Geltungsbereich

1.1 Grenze des Geltungsbereichs des Bebauungsplans "Am Nützelbach II" mit 1. Änderung der Einbeziehungssatzung "Freizeitpark Gerolzhofen Süd"

2. Art der baulichen Nutzung

Das Plangebiet ist festgesetzt als:

WA Allgemeines Wohngebiet, gemäß § 4 BauNVO

3. Überbaubare Grundstücksfläche, Nutzungsbegrenzung, Bauweise, Maß der baulichen Nutzung, gemäß § 9 BauGB, BauNVO

Bauweise

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen, § 16 Abs. 5 BauNVO

0,35 / 0,4 Grundflächenzahl

Geschossflächenzahl

o/g offene / geschlossene Bauweise

2 WE maximal zulässige Anzahl an Wohneinheiten je Einzelhaus/Doppelhaushälfte/Reihenhaus

E/ZH nur Einzelhäuser / Einzelhäuser- und Doppelhäuser / Hausgruppen zulässig

maximal zulässige Anzahl an Vollgeschossen

SD/ZD/KD/WD/PD/FD Zulässige Dachformen:
Satteldach, Zeltdach, Krüppelwalmdach, Walmdach, Pultdach, Flachdach

Allgemeines Wohngebiet 1 (WA 1):
GRZ 0,4, GFZ 0,8,
offene Bauweise, nur Einzelhäuser zulässig,
mindestens 4, maximal 9 Wohneinheiten,
maximal 2 Vollgeschosse,
SD, ZD, KD, WD, PD, FD.

Für die Höhenfestsetzung der Gebäude wird festgesetzt:
Die Wandhöhe darf maximal 11,50 m von der Gebäudeoberfläche bis zum Schnittpunkt der Wand mit der Dachhaut bis zum oberen Abschluss der Wand betragen. Bei talseitig geneigtem Gelände darf sich die Wandhöhe auf den Schnittpunkt der senkrechten Außenwand mit der Hangoberfläche.
Die Fallhöhe darf maximal 13,00 m als Bohlsoubsstrecke des Erdgeschossbodens zum höchsten Punkt des Gebäudes an der Oberseite der Dachhaut betragen. Bei einem Pultdach darf die Fallhöhe maximal 12,00 m und die äußerliche Wandhöhe 9,50 m betragen.

Allgemeines Wohngebiet 2 (WA 2):
GRZ 0,4, GFZ 0,8,
gewöhnliche Bauweise, nur Hausgruppen zulässig,
mindestens 3, maximal 9 Wohneinheiten,
maximal 2 Vollgeschosse,
SD, ZD, KD, WD, PD, FD.

Für die Höhenfestsetzung der Gebäude wird festgesetzt:
Die Wandhöhe darf maximal 8,00 m von der Gebäudeoberfläche bis zum Schnittpunkt der Wand mit der Dachhaut bis zum oberen Abschluss der Wand betragen. Bei talseitig geneigtem Gelände darf sich die Wandhöhe auf den Schnittpunkt der senkrechten Außenwand mit der Hangoberfläche.
Die Fallhöhe darf maximal 9,00 m als Bohlsoubsstrecke des Erdgeschossbodens zum höchsten Punkt des Gebäudes an der Oberseite der Dachhaut betragen. Bei einem Pultdach darf die Fallhöhe maximal 7,00 m und die äußerliche Wandhöhe 5,50 m betragen.

Allgemeines Wohngebiet 3 (WA 3):
GRZ 0,35, GFZ 0,7,
offene Bauweise, nur Einzel- oder Doppelhäuser zulässig,
maximal 2 Wohneinheiten,
maximal 2 Vollgeschosse,
SD, ZD, KD, WD, PD, FD.

Für die Höhenfestsetzung der Gebäude wird festgesetzt:
Die Wandhöhe darf maximal 6,50 m von der Gebäudeoberfläche bis zum Schnittpunkt der Wand mit der Dachhaut bis zum oberen Abschluss der Wand betragen. Bei talseitig geneigtem Gelände darf sich die Wandhöhe auf den Schnittpunkt der senkrechten Außenwand mit der Hangoberfläche.
Die Fallhöhe darf maximal 8,00 m als Bohlsoubsstrecke des Erdgeschossbodens zum höchsten Punkt des Gebäudes an der Oberseite der Dachhaut betragen. Bei einem Pultdach darf die Fallhöhe maximal 7,00 m und die äußerliche Wandhöhe 5,50 m betragen.

Die Höhe des Sockels bzw. der Bohlsoubsstrecke des Erdgeschossbodens darf maximal 0,50 m betragen. Als Bezugspunkt für die Sockelhöhenfestsetzung/Bohlsoubsstrecke gilt die Höhe der ungerenderten Straßenoberkante in Mitte Anfang der Straßenparzelle, an welcher das Gebäude anliegt. Bei talseitig geneigtem Gelände darf sich die Sockelhöhe/Bohlsoubsstrecke talseitig bis auf 1,00 m erhöhen. Sichtbare Kellergeschosse sind möglich. Sofern diese zum Hofgeschoss werden, sind sie auf die Anzahl der Vollgeschosse anzurechnen.

4. Verkehrsflächen

Straßenverkehrsfläche mit schematischer Darstellung der vorgesehenen Gehweg-/Radstellenverläufe

landwirtschaftliche Verkehrsfläche

Straßenbegrenzungslinie

Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung

Schmiedeeiserne, sind evangelischer Bebauung. Bewuchs, Einteilung o.ä. höher als 80 cm (über OK Straßenkrone) dürfen nicht errichtet werden.

verkehrsberuhigter Bereich

Fußweg

öffentliche Parkflächen

5. Zulässige Ausführung der Gebäude

5.1 Als Dachneidkörung sind Begleitendächern, Betriebsschienen, Gründächer und Blumenendächungen zugelassen. Mindestneigung der Grundfläche.
Außer bei Gründächern sind für die Dachneidkörung natürliche, rote, schwarze und anthrazitfarbene Farbtöne zu wählen.

5.2 Flachdächer sind nicht geneigten Farben auszuführen.

6. Stellplätze, Garagen, Nebenräume, Nebengebäude

6.1 Für die WA 1 Gebiet ist eine Wohneinheit mit einer Wohnfläche kleiner 50 m² 1,5 Stellplätze zu errichten, ab 50 m² Wohnfläche und darüber und 2 Stellplätze zu errichten.
Für die WA 2 Gebiet ist 1 Stellplatz pro Wohneinheit zu errichten.
Für die WA 3 Gebiet ist 2 Stellplätze pro Wohneinheit zu errichten.

6.2 Wintergärten sind zugelassen und dürfen von den Hauptgebäuden abweichende Dachformen, Dachneigungen und Dachendeckungen haben, ausgenommen sind Metalldeckungen.

6.3 Für Garagen, Carports und Nebengebäude sind von den Hauptgebäuden abweichende Dachformen, Dachneigungen und Dachendeckungen zugelassen, ausgenommen sind Metalldeckungen.

7. Einfriedungen

7.1 Weiden Einfriedungen errichtung von öffentlichen Straßen und Wegen vorgesehen, dürfen sie max. 1,20 m hoch und nur als Drahtzaun mit Holzpfosten oder Maschendrahtzaun ausgeführt werden, oder als lebende Einfriedung aus heimischen Sträuchern angelegt sein. Sockelmauern sind nicht zulässig.
Entlang öffentlicher Flächen sind Maschendrahtzäune unterzugt.

7.2 Zur Einfriedung sind Gehölzarten mit dornenähnlichen oder nicht heimischen Laubgehölzen zu Hinterpflanzen.

7.3 Fußgrabstätten von Einfriedungen sind in gedeckten Farbtönen zu wählen.

7.4 Einfriedungen zu privaten Nachbargrundstücken sind auf die Grenze zu errichten.

8. Abstandsflächen

8.1 Zur Regelung der Abstandsflächen gelten die Vorschriften des Art. 6 BayBO.

9. Flächen für Versorgungsanlagen und die Abwasserbeseitigung

9.1 Fläche für Abwasseranlage: natürnahes Regenrückhaltebecken

9.2 Fläche für Versorgung mit Elektrizität: Trafostation

10. Hauptversorgungsleitungen

Hauptversorgungsleitung unterirdisch, hier: Telekommunikationslinie der Deutschen Telekom AG
Die Kabelschutzanweisung der Telekom ist zu beachten.

Fernglasleitung mit 10 m breiten Schutzstreifen

Gasleitung Gashochdruckleitung (HG) 16 bar mit 5 m breiten Schutzstreifen
Gasleitung (HSGK) 1 bar mit 2 m breiten Schutzstreifen

Die Lagen unterirdischer Versorgungsanlagen sind vor Beginn von Erd-, Straßen- und Kanalbauarbeiten genau zu ermitteln und ihr Schutz ist während der Bauarbeiten sicherzustellen. Bäume und Heckenpflanzungen sind nur in ausreichendem Abstand zu Versorgungsleitungen zulässig. Die Versorgungsunternehmen sind rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten zu benachrichtigen.
Die Hinweise im „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Versorgungsleitungen", herausgegeben von der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Satz des DVGW-Richtlinie GW125 sind zu beachten.

11. Schutz vor Rauchgasbelästigungen

Zum Schutz vor erheblichen Rauchgasbelästigungen von benachbarten Kaminen müssen die Dezkanten von Lüftungsöffnungen, Fenstern oder Türen je Wohnungen

a) von Kaminen, die an Feuerungsanlagen für feste Brennstoffe angeschlossen sind, mind. 15 m entfernt sein, bzw.
b) von Kaminen, die an Feuerungsanlagen für flüssige oder gasförmige Brennstoffe angeschlossen sind, mind. 8 m entfernt sein, oder
c) mindestens 1 m niedriger liegen als die unmittelbaren Kaminmündungen.

12. Unverschmutztes Oberflächenwasser

12.1 Unverschmutzte Oberflächenwasser, z.B. Dachflächenwasser, ist zur weiteren Nutzung in Sammelbehältern (z.B. aus Beton, Kunststoff etc.) oder Mulden, offenen Gräben, Rigolen oder Sickerwei mit Überläufen zu Sickeranlagen oder Regenwasserspeichern zuführungen.

12.2 Bei der Nutzung im Haushalt, z.B. zur Toilettenspülung, ist auf strenge Entnahme der getrennten Wasserleitungen zu achten.

12.3 Die Brauchwasserleitungen sind deutlich zu kennzeichnen.

12.4 Für die Sammelbehälter bzw. Regenwasserspeicher werden folgende Mindestgrößen empfohlen:
3,5 cbm pro 100 qm befestigte Fläche

B) Hinweise für die bauliche Ordnung

1. bestehende und vermaßte Grundstücksgrenzen

2. vorgeschlagene Grundstücksneugrenzen

3. 3614 Grundstücks- und Flurnummern

4. F=538 unverbindliche Vorschläge für die Gebäudestellung / Garagenstandorte

5. Grundstückszugängen, geplant

6. Füllschema der Nutzungsschablone

7. 1/1 - 1/6
2/1 - 2/7
3/1 - 3/9
Kennzeichnung zur Grundstücksunterscheidung

8. Trinkwasserversorgung
Die Einbau von Duschentrassen wird empfohlen.

9. Straßenverkehrseinrichtungen geplant

A-Straße
B-Straße
C-Straße
D-Straße
Zufahrt

10. Dränagen

10.1 Vorhandene Dränstränge oder Hausdränagen dürfen nicht an den Abwasserkanal angeschlossen werden. Angeschnittene Dränagen sind im Bereich der Baugrube im Arbeitsbereich zu weisheln und wieder zusammen zu schließen.

11. Wasserversorgung

11.1 Bei der Planung und Ausführung der Wasserversorgungsanlagen und die einschlägigen Richtlinien des DVGW, insbesondere die Arbeitsblätter W 405, W 331 sowie W 400-1, zu beachten.

12. Entwässerung

12.1 Die Straßenentwässerung erfolgt die Kläranlagenabwerke des. Gemäß DIN 1986 hindern sich die Grundstückseigentümer gegen Kanalrückstau zu sichern.

13. Böschungen und dergleichen

13.1 Flächen, die beim Bau der öffentlichen Verkehrsflächen auf privaten Flächen benötigt werden und Böschungen, die auch beim Wege- und Straßenbau ergeben, sind im Bebauungsplan nicht gesondert ausgewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass es zu den Baugrundstücken gehören.

14. Brandschutz

14.1 Zuhinderen Zwecke Zugänge zu Schutzobjekten sind entsprechend der DIN 14090, Flächen für die Feuerwehren auf Grundstücken, auszuführen. Zu- und Abfahrten der Einsatzfahrzeuge müssen auch auf Blume oder offene Flächen berührbar werden. Es wird auf Art. 5 BayBO hingewiesen.

15. Denkmalschutz

15.1 Nach Art. 8 des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes bedarf eine Maßgeblichkeit für Funde von Bodenaltertümern, Bodenschichten und Funde müssen unverzüglich, d.h. ohne schuldhaftes Verzögern, der Abteilung für Vor- und Frühgeschichte des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege, Dienstsitz Schloss Seehof, 96117 Memmelsaue, anzuzeigen. dem Unterbleiben Schwierkraft zu Unterschiedlichkeiten mitgeteilt werden.
Nach Art. 8 Abs. 2 des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes sind aufgefundene Gegenstände und der Fundort unverändert zu belassen.

16. Schutz vor Grundwasser

16.1 Der Grundwasserschutz auf den Baugrundstücken ist durch geeignete Unterlauchungen bestätigen. Liegt der Grundwasserspiegel weniger als 1,50 m unter der Kellersohle, sind Maßnahmen durch geeignete Maßnahmen (z.B. wasserdichte Wannen) zu sichern. Im Falle von Grundwasserabsenkungen von ca. 1m sollten diese bezüglich Ihrer Auswirkungen auf benachbarte Dränagesysteme in die Konzeption ist nicht zulässig.

17. Benachbarte Nutzungen

17.1 Durch Immissionsgeräusche gemäß der Immissionsschutzrichtlinie TA Lärm sind die Wohnbereiche (Arbeits-, Schlaf- und Gleichzeitschlafen, insbesondere durch Plattmist oder Gülle, mit Spritzmittel bei Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln und mit erhöhtem Lärmanfall und Staubentwicklung bei Erntearbeiten muss gerechnet werden.

18. Lärmschutz bei Luft-Wärmepumpen

18.1 Der bestand von Luft- und Wärmepumpen ist mit Gerbuchen verboten. Um zumindest erhebliche Lärmbelästigungen in der Nachbarschaft zu vermeiden, werden die Hinweise der Immissionsrichtlinie "Lärmschutz bei Luft-Wärmepumpen" über Brennstoffen und Wärme für Luft erwies Gebäuden Freiaufstellung zur Anwendung empfohlen.

19. Versorgungsleitungen

Hinweis: Kabelanlage der Unterstrahlenen Gebäudeanlage e.G mit 2 m breiten Schutzstreifen
Die Kabelschutzanweisung der Unterstrahlenen Gebäudeanlage e.G sind einzuhalten.

elliptische Fangzaleitung

C) Festsetzungen für die Gründung

1. Öffentliche Grünflächen, gemäß § 9 Abs. 1 Ziffer 15 BauGB

1.1 Öffentliche Grünflächen, gemäß § 9 Abs. 1 Ziffer 15 BauGB mit Pflanzfirsten

Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzungen, gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB
(hier: Verkehrsgrün, Böschungen)

Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft,
gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB
(hier: Ausgleichsflächen)

Retzplatz für Weidenen mit Schalz, Kestlhen und Offenboden (Größe 3-4 mh)

Renaturierung der Volksch

D) Hinweise

1. Bodenabtrag und Auftrag

Bodenarbeiten, z.B. der Bau der Ausfahrtsgaragen (Abschieben des Oberbodens), sind außerhalb der Bauteil der zukünftigen Vorgaben, also nicht im Bereiche von Mitte Mai bis Ende Juli, zulässig. Falls die Bauarbeiten innerhalb die vorgenannten Bauzeitraums geplant sind, sind von Anfang bitte Sie Bodenarbeiten mittels einer zusammen Schwarzbrache Bodenbauten ausbauarbeiten.

2. Hinweise durch Text

1. Meldung ins Ökoflächenkataster
Nach Art. 9 BayNatSchG ist an Komponentenverwaltung a.Schrein. Die Ökoflächenverordnung (ÖFV) wird gemäß Art. 40 Nr. 6